

Frankreichs Rauchverbot: Deutschland soll endlich nachziehen!

Frankreich führt ab Juli 2023 ein Rauchverbot ein, Deutschland hinkt hinterher. Experten fordern strengere Nichtraucherschutzmaßnahmen.



Deutschland - In Deutschland kommt Bewegung in die Diskussion rund um den Nichtraucherschutz. Mit Blick auf die neuen Regelungen in Frankreich, wo ab dem 1. Juli 2023 ein umfassendes Rauchverbot an öffentlichen Orten gilt, fordern Experten und Organisationen auch hierzulande ähnliche Maßnahmen. In Frankreich soll das Verbot in Stränden, Parks, Schulumgebungen, an Bushaltestellen und in Sportanlagen den Schutz von Nichtrauchern, insbesondere Kindern, gewährleisten und wird mit Geldstrafen von bis zu 135 Euro bei Missachtung durchgesetzt. Derweil bleibt das Rauchen in den Außenbereichen von Gaststätten erlaubt, während E-Zigaretten von dieser Regelung ausgenommen sind. Wie **Deutschlandfunk** berichtet, wird das französische Verbot von

der Deutschen Krebsgesellschaft begrüßt, die darauf hinweist, dass Deutschland in Sachen Nichtraucherschutz hinterherhink.

Die neue Bundesgesundheitsministerin Nina Warken kritisiert in diesem Zusammenhang nicht nur die unzureichenden Maßnahmen in Deutschland, sondern fordert auch eine striktere Regulierung von E-Zigaretten und Verdampfern. Diese gelten als gefährlicher als viele annehmen und können den Einstieg ins Rauchen fördern. Laut Warken beinhalten diese Produkte gesundheitsschädliche Substanzen, die es zu regulieren gilt. In diesem Sinne hat die Bundesregierung E-Zigaretten in das Bundesnichtraucherschutzgesetz aufgenommen. Die Verantwortung für deren Umsetzung liegt jedoch größtenteils bei den Bundesländern, was die Umsetzung entsprechend erschwert, wie **Tagesschau** thematisiert.

Notwendige Maßnahmen und internationale Vorbilder

Die Deutsche Krebshilfe und die Deutsche Krebsgesellschaft fordern umfangreiche Maßnahmen zur Prävention, insbesondere in Hinblick auf den Weltnichtrauchertag. Der Tabakkonsum ist der größte vermeidbare Risikofaktor für Krebs, wobei etwa 80% der Lungenkrebsfälle in Deutschland rauchbedingt sind. Jährlich fordern die Folgen des Tabakkonsums mindestens 127.000 Menschenleben in Deutschland. Der Bedarf nach präventiven Maßnahmen ist also klar: Deutschland gilt im europäischen Vergleich als Schlusslicht in der Tabakprävention.

Ein besonders drängendes Problem sind die aromatisierten Tabakprodukte, die die WHO als besonders schädlich betrachtet und die den „Einstieg“ in die Nikotinsucht erleichtern, insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Es wird geschätzt, dass 12,5% der Minderjährigen in der WHO-Europaregion 2022 E-Zigaretten nutzten, während dieser Wert bei den Erwachsenen nur bei 2% liegt. Diese Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit des Handelns, und mehr als 50 Länder haben bereits aromatisierte Tabakprodukte verboten.

Auch die WHO fordert ein Verbot von Aromen in Tabakprodukten, um einer drohenden Suchtwelle entgegenzuwirken.

Die französische Initiative und die Forderungen aus Deutschland halten also weiterhin die Diskussion über Nichtraucherschutz und Tabakregulierung lebendig. Es bleibt abzuwarten, ob der Druck auf die Bundesregierung weiter wächst, um ein stärkeres und effektiveres regulatives Umfeld zu schaffen, das sowohl die Gesundheit der Nichtraucher als auch die der Raucher berücksichtigt. In der Zwischenzeit bleibt die Hoffnung auf eine umfassendere Gesetzgebung, die letztlich dazu beiträgt, die Raucherzahlen nachhaltig zu senken und die Gesellschaft vor den gesundheitlichen Risiken des Tabakkonsums zu schützen.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	• www.deutschlandfunk.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net